



Nun kommt der Plan B

bergsicht



KAPITEL 1

Lähmende Ohnmacht – ubiquitär

Eines der ganz grossen Privilegien des Älterwerdens besteht in der direkten Erinnerung an Geschehnisse, die der Spätergeborene nur noch aus dem Geschichtsbuch beziehungsweise von Wikipedia kolportiert nachvollziehen kann. Das klägliche Scheitern der Entsatzung von 52 Geiseln aus der amerikanischen Botschaft in Teheran vom 24. April 1980 durch US-Truppen gehört zu jenen Ereignissen, deren Dramatik sich aus der Erzählung kaum hinreichend erschliesst. Nach dem schmählichen Rückzug aus Vietnam (1975) war die stolze Siegernation des Zweiten Weltkriegs am Tiefpunkt ihrer Machtentfaltung angelangt: Ohne Feindkontakt waren beim Aufbau einer behelfsmässigen Landebasis bereits acht Soldaten ums Leben gekommen und wurden mehrere Fluggeräte zerstört, so dass man unverrichteter Dinge zum Rückzug blasen musste, währenddem sich der iranische Mob aufmachte, die geschändeten Leichen der Amerikaner auf einem Triumphmarsch durch die iranische Hauptstadt der Weltöffentlichkeit vorzuführen. Ohnmachtsgefühle machten sich dies- und jenseits des Atlantiks breit, Russland rüstete sich für den Afghanistanfeldzug,

und nur wenige erkannten in der Machtübernahme durch Deng Xiaoping in China (1977) den Anbruch einer neuen, pazifisch geprägten Ära.

Ohnmachtsgefühle, Aussichtslosigkeit, das angebliche Fehlen von Alternativen, ja, die geradezu absurde Emporstilisierung der «Alternativlosigkeit» zum politischen Programm: Sie könnten aus dem Jahr 2015 einen ähnlichen Wendepunkt machen, wie es das Jahr 1980 ohne Zweifel für die nächsten drei Dekaden darstellte. Auf den schwachen US-Präsidenten Carter folgte 1981 der zum Turnaround befähigte Ronald Reagan. Die gegen allen Widerstand der Friedensbewegung durchgesetzte Stationierung von Pershing II-Raketen in Westdeutschland (1983) legte den Grundstein für die Implosion des Warschauer Pakts im Jahr 1989. Im amerikanischen Inland setzten Wirtschaft, Gesellschaft und staatliche Organe zur konsequenten Deregulierung und zur Beendigung der bisherigen inflationsgeprägten Wirtschaftspolitik an. Der Dow Jones Index begann seinen säkularen Anstieg vom Tiefpunkt (759.13 Punkte) am 21. April 1980 auf das heutige Niveau von gut 18'000 Punkten. Mit vollem Bewusstsein im April 1980 gefühlt zu haben, dass es so, das heisst wie in den Siebziger Jahren, mit dem freien Westen *nicht mehr weitergeben kann*, ist nicht nur ein Privileg, sondern führte im Fall des Schreibenden zur geradezu mit Besessenheit betriebenen Suche nach nächsten Wendepunkten in der Geschichte.

2015, es sei wiederholt, könnte das wieder der Fall sein. Nein, gewiss nicht wegen des Dow Jones Index, oder nur ganz indirekt beziehungsweise mit umgekehrten Vorzeichen. Ein Index verschiedenster Aktien ist ja lediglich Abbild und Resultante einer viel umfassenderen, bei weitem komplexeren Situation. Die his-

torisch schwindelerregende Höhe des Indikators lässt sich derzeit leider nicht durch berechnete Zuversicht für die weitere wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung erklären, sondern einzig, monokausal (!), durch die ebenfalls historisch einmalige Nullzinspolitik der wichtigsten Notenbanken und deren Versuch, durch massive Marktinterventionen die Langfristzinsen an den Obligationenmärkten nachhaltig zu beeinflussen. TINA – There Is No Alternative – heisst das geflügelte Wort für die derzeitige Aktienhausse; was anderes als Aktien soll man denn sonst kaufen? TINA widerspiegelt die Ohnmacht des Anlegers und des Sparerers der monopolistischen Geldbehörde gegenüber. Diese scheint ihrerseits aber eben auch irgendwie ohnmächtig zu sein: Der historisch erst- und wohl auch einmalige geldpolitische Aktivismus der Notenbanken wird als alternativlos bezeichnet, gleichzeitig scheint das Abenteuer aber nichts zu nützen, sondern vielmehr durch massive Verzerrungen Schaden anzurichten und sich offenkundig mehr und mehr als Sackgasse zu erweisen.

Ähnliche Ohnmachtsgefühle greifen auch in ganz anderen Bereichen um sich. Wir streifen im folgenden nebst der genannten geldpolitischen Sackgasse und der damit zusammenhängenden Verschuldungs- und Wachstumsproblematik die immer komplexere, undurchsichtigere und zunehmend ausweglos erscheinende Situation im Mittleren Osten rund um den Islamischen Staat (IS), die Migrationsproblematik und schliesslich auch das Verhältnis zwischen der Schweiz und der sie umgebenden Europäischen Union (EU). Die Darstellung einer solchen Vielfalt von Themen – denen allerdings, wie gesagt, eine gewisse Ausweglosigkeit als gemeinsames Bestimmungsmerkmal innewohnt – verlangt nach Disziplin und Kürze. Wo sich eine Vertiefung der Thematik aufdrängt, werden sich künftige Ausgaben der *bergsicht* dafür anbieten.

KAPITEL 2

Heillose Verstrickungen

Beginnen wir mit der weltpolitischen Sackgasse im Mittleren Osten. Fakt ist, dass die während langen Jahren weitgehend unbekannt und bis vor kurzer Zeit massiv unterschätzte Kraft des IS heute weite Teile des syrischen und irakischen Staatsgebiets beherrscht. Dies im eigentlichen Sinne des Wortes, indem an die schlimmsten Zeiten des Nazi-Regimes erinnernde Methoden zur Kontrolle der nicht geflüchteten Bevölkerung angewendet werden. Faschistischer Terror und faschistische Faszination und Verblendung ist unseres Erachtens ohnehin eine ziemlich treffende Umschreibung für das, was uns von den spärlichen und zumeist auch propagandistisch verfälschten Quellen aus dem «Kalifat» zu Ohren und zu Augen kommt. Religiöse Verblendung, auf primitivste Glaubenssätze reduzierte endzeitliche

Vorstellungen, Heilsversprechungen für das Dies- und vor allem das Jenseits, brutal-rücksichtslose Umsetzung des Machtanspruchs: Das alles ist nicht neu. Hitler, Stalin, Pol Pot konnten ihr Unwesen zuvor schon entfesseln; die Weltgeschichte ist am Ende auch damit fertig geworden. Dazwischen lag jedoch ein Delta von Millionen und Abermillionen von Menschenleben, von zerstörten Städten, geschändeten Kulturgütern. Es stellt sich in Bezug auf die derzeitige Entwicklung im Mittleren Osten die Frage, ob sich ein solches Szenario in jener Weltgegend fast zwangsläufig ergibt, wenn ja, wo und mit welchen Dimensionen, und übergeordnet, ob und wie sich das mit der globalisierten Welt und der globalisierten Wirtschaft vertragen wird. Kann das Problem auf ein regionales reduziert werden, oder bleiben die übergeordneten Kräfte der Welt unweigerlich involviert?

Aber eigentlich ist es gar nicht das Phänomen einer in jeder Hinsicht extremen Bewegung, die gegebenenfalls auf eine blutige Staatenbildung hinausläuft, sondern vielmehr die *Komplexität* rundherum, die beschäftigen muss. Im vergangenen Jahr lasen wir mit Gewinn die historischen Darstellungen zum Ersten Weltkrieg, etwa jene des Australiers Christopher Clark zur Vorgeschichte oder jene des Deutschen Herfried Münkler zum Ablauf der grossen Auseinandersetzung. Sofern man die beiden inhaltlich überreichen Geschichtsbücher überhaupt auf einen Punkt reduzieren darf, ist es gewiss die aus den Fugen geratene Komplexität der Aufstellung, welche aus dem regionalen Ereignis am Südrand der Donaumonarchie einen Weltenbrand entstehen liess. Auch in Serbien waren hoffnungslose Fanatiker am Werk – aus heutiger Sicht ist schwer zu verstehen, wofür oder wogegen sie überhaupt eintraten; von lohnenden oder wenigstens zu respektierenden Zielen kann keine Rede sein. Dessen ungeachtet waren sie in der Lage, das Schlimmstdenkbare herbeizuführen. Der Gefahr eines oberflächlichen Geschichtsparellismus durchaus bewusst, glauben wir Ähnlichkeiten zu erkennen.

So herrscht im Mittleren Osten bekanntermassen seit langem ein sehr prekäres, multipolares Gleichgewicht, das durch die unbestrittene Vormacht der Amerikaner über die letzten Jahrzehnte zwar mit Mühe, aber letztlich doch auch mit Erfolg, bewirtschaftet worden war. Dass Israel und seine sehr unterschiedlichen, in sich selbst instabilen Nachbarn und Saudi-Arabien und Iran über längere Zeit relativ konfliktarm koexistieren konnten, ist keine Selbstverständlichkeit. Dass inmitten der spannungsgeladenen Zone sogar Inseln des Wohlstands und der inneren und äusseren Ruhe entstehen konnten wie in Dubai, Bahrain oder Katar, ist es ebenso wenig.

Die wacklige *pax americana* wurde das erste Mal durch den zweiten Irakkrieg (ab 2003), definitiv dann durch den Arabischen Frühling (ab 2010) gestört und in Frage gestellt. Beiden Ereignissen ist gemein, dass sich die westliche Vorstellung, durch beschleunigte Demokratisierung würden sich die

betroffenen Gesellschaften und Länder einer (westlich orientierten) «vernünftigen», wirtschaftsfreundlichen Haltung zuwenden, als gehörige Illusion entpuppte. Genau das Gegenteil ist der Fall. Im Irak herrscht statt eines kontrollierbaren Despoten in der Person von Saddam Hussein das nackte Chaos und in zunehmendem Masse der IS. Analoges trifft für Syrien und Libyen zu. Mehr und mehr zeigt sich auch, dass trotz markant verbesserter Luftkriegsmittel bis hin zu sehr zielgenauen Drohnen die den Amerikanern so kommod gewordene «Kriegsführung aus Distanz», das heisst unter Verzicht auf ein massives Aufgebot an Bodentruppen, auf die Länge nicht funktioniert.

Eine nochmalige, seit dem ersten Irakkrieg nunmehr dritte Intervention der Amerikaner mit Bodentruppen steht derzeit ausser Betracht, zumal der Krieg gegen den IS Schulter an Schulter mit den Iranern ausgefochten werden müsste. Man stelle sich das einmal vor! Saudi-Arabien, neben dem US-Verbündeten Katar als Geldgeber für den IS genannt, wäre dann so ins Abseits gedrängt, dass ein Kriegseintritt auf der Gegenseite nicht unlogisch wäre. Und wie müsste sich Israel, dessen Erzfeind Iran stets war, verhalten? Al-Kaida soll vor kurzem dem Westen einen Nichtangriffspakt (sic!) angeboten haben, um so den Endsieg über das syrische Assad-Regime herbeiführen zu können. Die Ähnlichkeit zur Konstellation in Europa vor dem Ersten Weltkrieg ist unübersehbar. Es hat im Mittleren Osten auf zu engem Raum schlicht zu viele Mitspieler, die aus irgendwelchen Gründen «etwas zu müssen» glauben, alternativlos. Angebliche Unausweichlichkeit im Multipack löste gemäss Clark den Ersten Weltkrieg aus.

Das Problem der Amerikaner und somit der westlichen Industrienationen liegt im Fehlen eines Planes B. So sehr versteifte man sich auf die Unabwendbarkeit westlicher Staats- und Gesellschaftsformen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, dass nun intellektuell die Vorstellungen und praktisch-politisch die Rezepte fehlen, wie mit einem Teil der Welt umzugehen ist, der theokratisch-unaufgeklärt von Königen, Geistlichen und Despoten beherrscht und in dem die gewalttätige Auseinandersetzung unter Brudernationen Regel und nicht Ausnahme bleiben wird. Ratlosigkeit, Ohnmachtsgefühle sind greifbar. Die einzigen, die aus der ausgesprochen unerfreulichen Situation kurzfristigen Gewinn ziehen, sind die vielen Waffenanbieter. Man hört, dass es en masse neue französische Waffen auf allen Seiten des Konflikts gebe. *Déjà vu*.

KAPITEL 3

Nicht vierzigtausend, sondern 10 Millionen

Die massive Zunahme der Migration aus Afrika und dem arabischen Raum nach Europa hängt am

Rande mit den veränderten Verhältnissen im Mittleren Osten zusammen. Libyen war unter General Gaddafi ein vorgeschobenes Bollwerk für Europa gegenüber dem afrikanischen Wanderungsdruck. Die Destabilisierung beziehungsweise Zweiteilung des Landes im Gefolge des Arabischen Frühlings und der Intervention des Westens aus der Luft, einhergehend mit unklaren Machtverhältnissen in den Nachbarländern Ägypten und Algerien, haben den Maghreb zur grossen Ausfallspforte nach Europa werden lassen. Tag für Tag findet zwischen Tripolis, Bengasi und Alexandria ein kleines Dünkirchen in Richtung von Italien statt. Waren es von 2010 bis 2013 noch zwischen jährlich 10'000 und 70'000 Menschen, die sich über und um das Mittelmeer auf den Kontinent bewegten, schätzt die EU-Grenzbehörde Frontex die Zahlen für 2014 auf über 200'000 Personen und rechnet für 2015 mit 500'000 bis zu einer Million Menschen. Bis zum Mai 2015 haben 62'500 Migranten über den Seeweg das europäische Festland erreicht, schätzungsweise 1'800 kamen ums Leben. Im nordafrikanischen Raum warten angeblich 10 bis 20 Millionen Menschen, die meisten aus Zentralafrika stammend, auf die Überfahrt. Im Gegensatz zu Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, welche durch die dortigen Kriegshandlungen vertrieben wurden, handelt es sich bei den Afrikanern unter anderem um eine Art Elite von Arbeitswilligen, die ausserhalb ihres Herkunftslandes eine bessere Zukunft suchen.

Wir erwähnen all diese Zahlen, um zu unterstreichen, dass es sich beim europäischen Migrationsproblem um ein sehr ernsthaftes, um ein ausgesprochen *massives Problem* handelt. Kürzlich erteilte uns aus Brüssel die Meldung, dass man – am lange so hochgelobten Abkommen von Dublin vorbei – über eine Zuteilung von 40'000 Migranten an die einzelnen EU-Mitgliedstaaten nachdenke. Angesichts der wahren Grösse des Problems, vor allem angesichts dessen, was noch bevorstehen könnte, erscheinen solche «Anstrengungen» als grotesk. Dass «Dublin» nicht funktionieren würde, war jedem, der auch nur über ein klein wenig politökonomische Kenntnisse verfügt, von allem Anfang an klar. Das in Dublin stipulierte Rückschubrecht in die Erstasylländer lädt letztere geradezu dazu ein, Asylbewerber «verschwinden» zu lassen und klammheimlich den Nachbarn anzuvertrauen. Das Abkommen von Dublin stellt die denkbar schlechteste Ausgangslage dar, um zu einer gemeinsamen Migrationspolitik zu gelangen. Wenn die EU *eine* gemeinschaftliche Herausforderung hat, dann ist es aber just der Umgang mit der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts!

Massiv erweist sich das Migrationsproblem aber nicht «nur» in Bezug auf die schiere Menge, mit der man es zu tun hat, sondern auch hinsichtlich der *menschlichen Tragödie*, die täglich im Mittelmeer stattfindet. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Zumindest eine eventualvorsätzliche Mitverantwortung für den elendiglichen Ertrinkungstod

von Tausenden von Migranten kommt den zuständigen Organen in der EU und in den betroffenen Ländern zu, und indirekt all jenen, die diese Organe und ihr Zusehen und Zögern weiterhin in ihren Ämtern dulden. Der Zustand ist unerträglich und schändlich. Wie unberechtigt eine Immigration auf das europäischen Festland auch sein mag – *Ertrinken lassen* darf doch nicht allen Ernstes als Abschreckungsmittel Teil einer offiziellen *policy* sein! Die Akribie, mit welcher der Menschenrechtsgerichtshof im gar nicht so fernen Den Haag um die Greuelthaten von Warlords im auseinanderfallenden Jugoslawien von dannzumal ringt, steht in seltsamem Gegensatz zur Tatenlosigkeit, mit welcher die Generation heutiger Verantwortlicher der Tragödie im Mittelmeer begegnet. Hypokrisie hat viele Erscheinungsformen, fürwahr!

Offenkundig kann es so nicht weitergehen. In sozusagen allen Teilen Europas gewinnen von Wahl zu Wahl jene Kräfte hinzu, die der unregelmässigen Zuwanderung den Riegel schieben möchten und die ihre Wählersympathien im national-konservativen Lager holen, das laufend an Bedeutung gewinnt. Noch ist die Stimmung nirgends wirklich in zügellose Xenophobie und blinden Rassenwahn gekippt, aber die Warnzeichen sind überdeutlich. Die Unordnung im Mittelmeer produziert wöchentlich Tragödien, die immer weniger vor der Weltöffentlichkeit ausgeblendet werden können. Die Unordnung im europäischen Asylrecht provoziert eine immer grösser werdende Anzahl von illegal Zugewanderten, die kaum je sinnvoll integriert werden können. Die Abhaltewirkung des Mittelmeers ist trotz aller Havarien zu gering, als dass die wartenden Millionen im Maghreb das Wagnis einer Überfahrt nicht doch einmal noch auf sich nehmen wollten.

Auch hier zeigt sich: Ein Plan B zum Status quo fehlt. Auf Seiten der zumeist linken Intelligenz und Medien herrscht ein Denk- und vor allem Rede- und Verbot über die Migrationsfrage. Alle, denen es dank Herkunft besser geht, sollten sich dessen primär einmal schämen und, bitteschön, ihren relativen Reichtum endlich einmal mit den Ärmsten der Welt teilen, so die politisch korrekte Denkart. In einem solchen intellektuellen Klima können keine vernünftigen Eventualplanungen entstehen. Brüssel und die EU-Mitgliedsländer zögern, schieben den Schwarzpeter hin und her und versuchen, die real existierende Katastrophe schönzureden. Was resultiert, ist ein Ohnmachtsgefühl, und jenes wiederum ist der gefährlichste Nährboden für politische Extremismen. Und mit jeder Woche, jedem Monat, der in konzeptloser Untätigkeit verstreicht, erhöht sich die Zahl von Menschen, die aus Afrika nach Europa wollen und die dieser Kontinent nie und nimmer aufnehmen kann und will.

Anzumerken gilt, dass die Migrationsfrage nicht nur Europa plagt, sondern auch in anderen Teilen der Welt, so jüngst in Südostasien, erschreckende Ausmass angenommen hat. Die Migrationsproblematik ist

nicht neu. Mitunter die Völkerwanderung und ganz spezifisch der Hunnenfeldzug brachte das Römische Reich zum Einsturz. Wälle und Grenzen helfen auf die Länge wenig. Von den USA her wissen wir, dass keine politische Kraft je ernsthaft am Willen zur Kontrolle der Zuwanderung gerüttelt hat. Trotz rigoröser Massnahmen blieb der Erfolg aber relativ – heute leben etwa fünf Prozent Illegale in den USA und versehen dort Jobs, für die nicht einmal Minimallohne bezahlt werden. Dem Einwanderungsdruck steht eben immer auch eine Sogwirkung gegenüber. Oder anders gesagt: Von einer Lösung des Problems ist man offensichtlich überall weit entfernt. Aber mit einem Plan B, der auch nur ein wenig besser wäre als die gegenwärtig praktizierte allerschlechteste «Lösung», wäre schon viel gewonnen.

KAPITEL 4

Kontingente oder was?

Unter anderem um die Zuwanderungsfrage, im Vergleich zu den grossen globalen Wanderungsbewegungen allerdings im Westentaschenformat, geht es auch im hoffnungslos erscheinenden Zerwürfnis zwischen der Schweiz und der EU. Für ausländische und vor allem ausserkontinentale Leser in aller Kürze eine Rekapitulation der Problematik: Seit 1999 beziehungsweise 2004 besteht zwischen der EU und dem Nicht-Mitglied Schweiz ein umfassendes, siebenteiliges Vertragswerk, das weite Teile des wirtschaftlichen und rechtlichen Umgangs zwischen den beiden ungleichen Entitäten regelt. Rechte und Pflichten der Vertragspartner halten sich im wesentlichen die Waage. Die Schweiz ist nach den USA, China und Russland der viertwichtigste Handelspartner der Union, für die Schweiz ist gemäss Bundesamt für Statistik der Aussenhandel mit der EU bei über 70 Prozent von allen Importen und 55 Prozent von allen Exporten existentiell.

Teil des bilateralen Vertragswerks ist die in der EU geltende Personenfreizügigkeit, nach der es jeder Person aus der EU freisteht, sich in einem der Mitgliedsländer niederzulassen, sofern sie dort Arbeit findet. Aufgrund der sich in den letzten Jahren stetig erhöhenden Zuwanderung von EU-Bürgern in die Schweiz – sie erreichte in den letzten Jahren gut 1 Prozent pro Jahr oder die Grössenordnung einer mittleren Schweizer Stadt wie zum Beispiel St. Gallen –, aufgrund des ohnehin schon sehr hohen Ausländeranteils an der Bevölkerung (fast 25 Prozent; im Vergleich dazu Deutschland mit 10 Prozent) und aufgrund des unübersehbar überheblichen Umgangs von Regierung, Verwaltung und Wirtschaftskräften mit den diesbezüglichen Sorgen der Schweizer Bevölkerung wurde im Februar 2014 eine Volksinitiative zur Beschränkung der mit der EU vereinbarten Personenfreizügigkeit angenommen. Die EU reagierte auf den

Volksentscheid mit einem harschen Njet, was das Antasten der Personenfreizügigkeit betrifft.

Seither herrscht in der kleinen Alpennation Ratlosigkeit. Denn einerseits und verständlicherweise möchte man am insgesamt günstigen Vertragspaket der «Bilateralen», wie man sie hierzulande nennt, festhalten. Sie seien «alternativlos», heisst es. Andererseits ist der Verfassungsauftrag unzweideutig: Die Zuwanderung aus Europa muss über die Einführung von Kontingenten gedrosselt werden. Die eingeräumte Frist von drei Jahren, bis der Zustand erreicht sein muss, ist zur Hälfte verstrichen. Kommt ein zweites Problem hinzu: Ziemlich zeitgleich mit der Annäherung an die Zuwanderungsinitiative setzte die EU die Schweiz unter Druck, was die künftige institutionelle Regelung der gemeinsamen Rechtsfindung betrifft. Die EU will die Schweiz zu einer selbstgewählten Unterstellung unter den EU-Gerichtshof bewegen, um eine unterschiedliche Interpretation ein und desselben Rechts durch verschiedene Instanzen zu vermeiden. Dieses aus Sicht der EU verständliche Begehren trifft nun allerdings auf einen noch empfindlicheren Nerv der Schweizer als die Zuwanderungsfrage. Denn die Ablehnung «fremder Richter» gehört zum Gründungsmythos der Alpenrepublik. Gessler und sein Hut sind der Inbegriff dessen, was der Schweizer nicht will. Da helfen auch hunderte von wohlbegründeten Artikeln durch die versammelte Intelligenz in der NZZ und anderswo nichts; das Ansinnen der EU ist ein No-Go, für das der Schweizer Stimmbürger durchaus Opfer in Kauf zu nehmen bereit wäre. Wer das nicht einsieht, kennt die Schweiz zu wenig.

Vermutlich ist es übertrieben, die Situation als aussichtslos zu bezeichnen, denn auf beiden Seiten überwiegt das Interesse, einem echten Konflikt aus dem Wege zu gehen. Aber im Kern geht es eben doch um die weder durch oberflächliche Schönrederei noch Pragmatismus zu lösende Grundfrage, nämlich: Inwieweit die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied Teil des Binnenmarkts sein kann oder aber ihr Verhältnis mit der EU zwischenstaatlich gestalten will oder muss. Gretchenfragen haben es in sich, irgendwann einmal unausweichlich zu werden. Im Angesicht der Unausweichlichkeit können Gefühle der Ohnmacht aufkommen. Das ist es, woran die Schweiz leidet.

KAPITEL 5

Null bringt null oder noch weniger

Offenkundig hat die Europäische Union aber ganz andere Sorgen als den nicht eben angenehmen Umgang mit dem lästigen, so völlig anders tickenden Klassenersten inmitten des Kontinents. Weite Teile Europas befinden sich nach wie vor in einer zähen Wirtschaftskrise. Sie äussert sich in tiefen Wachstumsraten, hoher Arbeitslosigkeit, namentlich unter

den Jugendlichen, tiefer Investitionstätigkeit, zögerlicher Kreditvergabe der Banken an die Wirtschaft, kaum reduzierbaren Budgetdefiziten der öffentlichen Hand und mithin einer Perpetuierung der hohen Staatsdefizite. Alles spricht zwar von Strukturreformen, in Tat und Wahrheit wird aber nur wenig Handfestes umgesetzt. Woran Europa krankt, ist an sich bekannt und auch wenig bestritten: an lähmender Verkrustung. Es braucht bei weitem zu viele Bewilligungen (und mit deren Erteilung beschäftigte, unproduktive Beamte), um etwas zu starten oder zu betreiben. Auf reale Schocks, die es in der Wirtschaft nun einmal gibt, kann kaum durch Kapazitätsanpassungen reagiert werden – sowohl der Arbeitsmarkt als auch viele andere Faktormärkte (zum Beispiel im Mietwesen von Wohnungen) sind derart eng reguliert, dass private Investoren bei weitem zu hohe Risiken auf sich nehmen müssen. Europa lässt aber auch nicht absterben, was obsolet geworden ist. Die französische Autoindustrie und die seltsamen Reste nationaler Airlines sind nur die Spitze des Eisberges von Unternehmungen, die es so nicht mehr geben sollte.

Brüssel setzt indessen auf eine Vorwärtsstrategie mittels einer von oben gelenkten Subventionierung von Investitionen. Wir haben den Mechanismus in *bergsicht* Ausgabe Nr. 10 («Zuckerbrot für Europa») ausführlich beschrieben. Der EU-Ministerrat hat der Betriebsaufnahme des neuen Gebildes EFSI vor kurzem grünes Licht erteilt. Für uns stand schon bei der Ankündigung dieser Brüsseler Initiative ausser Frage, dass mit der Zurverfügungstellung von zusätzlichen Investitionsmitteln ein gewisser Nachholbedarf angeschoben werden kann, dass dies aber die zwingend notwendigen Strukturreformen nicht ersetzen darf. Das eine ohne das andere – das ist nicht hinreichend und für einen nachhaltigen Aufschwung mit Wachstumsraten von fünf, sechs Prozent zu wenig. Die Gefahr ist gross, dass die Strukturreformen wegen einer aufkommenden und mit viel PR unterstützten Euphorie über die Anfangserfolge des EFSI «vergessen» gehen.

Fünf, sechs Prozent Wachstum aber bräuchte es (und müsste eigentlich nach einer so langanhaltenden Wirtschaftskrise erreichbar sein), um aus der noch viel tiefergreifenden Schuldenkrise herauszufinden. Die Zahlen sind unseren Lesern hinlänglich bekannt, deshalb einfach als Zusammenfassung das Faktum, dass ausser Bulgarien (!), Estland, Luxemburg und Schweden kein einziges EU-Mitgliedsland über die letzten vier Jahre das Maastricht-Haushaltbudgetkriterium von höchstens 60 Prozent Staatsverschuldung, gemessen am Bruttoinlandprodukt, und weniger als drei Prozent Schuldenwachstum erfüllt hat (Quelle: eurostat). Von einer Verbesserung der Situation im grossen Stile kann keine Rede sein. Der fiskalische Spielraum in der EU ist enorm gering, zumal im Hintergrund der sichtbaren Verschuldung auch noch die bei weitem bedrohlichere implizite Verschuldung steht, also die Summe aller Versprechungen, die man aus irgendwelchen Grün-

den nicht ordentlich verbuchen zu müssen glaubt. Sie macht ein Vielfaches der expliziten Verschuldung aus. Auf einem Kontinent, der aus demographischen Gründen unausweichlich laufend mehr Rentenbezügler als im Arbeitsmarkt aktive Bürger erzeugt, schlägt eine solche Konstellation aufs Gemüt. Was Wunder, fallen die Konsumzahlen zu tief aus!

Die Retterin in der Not spielt bis heute die Europäische Zentralbank (EZB). Sie hat gleich dreifach strukturerhaltend und damit stabilisierend gewirkt. Erstens hat sie den Übergang von der Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise so gemanagt, dass keine Systemkrise eintrat. Man sollte dies als Erfolg werten, denn eine echte Krise des Finanzsystems hätte unabsehbaren volkswirtschaftlichen Schaden nach sich gezogen. Zweitens hat die EZB die Staatsschuldenkrise zunächst durch die Ankündigung von Marktinterventionen, später durch ein effektives Aufkaufprogramm von Staatstiteln sowie durch die grosszügige Entgegennahme derselben als hinterlegte Sicherheiten entschärft und möglicherweise vermieden. Möglicherweise: Den wirklichen Beweis dafür erhalten wir erst, wenn lange nach Lösung des umfangmässig relativ geringfügigen Griechenlandproblems auch die grösseren Brocken wie Italien, Spanien und Frankreich «über den Berg» sind und sich ohne Notenbankkrücken wieder selbständig am Markt finanzieren können. Davon sind wir noch weit entfernt, notabene. Drittens hat die EZB mit ihrer Geldpolitik tiefster Zinsen dafür gesorgt, dass in den laufenden Staatshaushalten die Zinszahlungen trotz immenser Schulden den fiskalischen Spielraum nicht völlig aushöhlten. Ohne diese «Subventionierung» hätte der Staatssektor schrumpfen müssen.

Immer wieder wurde von Ökonomen der klassischen Schule die Inflationsgefahr solch «unverantwortlicher» oder «abenteuerlicher» Geldpolitik angerufen. Indessen beobachten wir seit einiger Zeit weltweit und mithin auch im EU-Raum rückläufige Preise. Die Kassandren warten bisher vergeblich auf die aus ihrer Sicht zwingend bevorstehende Geldentwertung. Sie übersehen dabei, dass im Bereich der Gütermärkte aus technologischen Gründen ein Prozess im Gange ist, der schlicht keine Teuerung aufkommen lässt: der exogene reale Schock der Elimination von Informations- und Transaktionskosten. Bis auf weiteres, so unsere Sichtweise, ist es bezüglich Gütermärkten völlig irrelevant, welche Geldpolitik eine Notenbank fährt; die realen Kräfte sind bei weitem wichtiger. Bezüglich Wirtschaftswachstum bezweifeln wir lebhaft, dass die Tiefstzinsen etwas nützen. Vielleicht könnte auch das Gegenteil der Fall sein, weil leicht positive Zinsen die Erwartungshaltung der gegenwärtigen und der künftigen Sparer günstig beeinflussen könnten. In diesem Bereich wäre gewiss eine Vertiefung der Thematik angezeigt; wir verweisen auf künftige Ausgaben der *bergsicht*. Der einzige und zugegebenermassen wichtige reale Effekt der Tiefstzinspolitik liegt in der *Strukturerhaltung*

auf der *staatlichen Seite* – mit allen positiven und negativen Nebeneffekten selbstverständlich. Ein weiterer, aber nicht wirklich realer Effekt liegt in der zu Beginn dieser *bergsicht* angetönten Höher- und Höchstbewertung von Finanzaktiva. Diese Art von Asset-Inflation ist unübersehbar, und entsprechend hoch ist die Nervosität, die jeweils um sich greift, wenn sich an der Zinsfront trotz aller Marktinterventionen der Notenbanken Verdüsterungen ankündigen. Man weiss in den Märkten um den Umstand, dass die Zinsen nicht mehr weiter sinken können, hofft aber dennoch auf eine Fortsetzung der lockeren Geldpolitik – so lange wie irgendwie möglich.

Die Gefahren der Tiefstzinspolitik der Notenbanken liegen also weniger im Bereich der Geldentwertung gegenüber Gütern als im mulmigen Gefühl, dass es «*so nicht weitergeben kann*» und dass ein wie auch immer gestaltetes Ende blutige Folgen an den Finanzmärkten hätte. Oder, falls die Fortsetzung doch stattfindet, in der Aussicht, dass man mit dieser Art Politik nicht viel mehr als lediglich knapp über die Runden kommt. Ohne einen Aufschwung, der diesen Namen verdient, wird Europa infolge fehlenden fiskalischen Spielraums weder sein Banken-, sein Staatsschulden-, sein Pensionsverpflichtungs-, sein Migrationsproblem noch seinen durch die eigene Ausdehnung erzeugten Ukraine Konflikt wesentlich beeinflussen können.

Somit haben wir es in diesem Bereich mit einer dreifach begründeten Ohnmacht zu tun: Keine oder sehr geringe Wachstumseffekte durch die Tiefstzinspolitik, massive Verzerrungen an den Finanzmärkten mit entsprechendem Korrekturpotential, Strukturerhaltung in jenem – dem staatlichen – Bereich, der die Entfaltung des Bürgers und der Wirtschaft eher hemmt. Ein Plan B zum Herausfinden aus dieser Dreifachsackgasse fehlt.

Anzumerken bleibt, dass das Gesagte *cum grano salis* auch für die USA und das FED zutrifft.

KAPITEL 6

Wie ein Plan B entstehen kann

Mit Absicht haben wir zu Beginn dieser *bergsicht* die historische Anekdote der gescheiterten Geiselbefreiung von Teheran aus dem Jahr 1980 nach erzählt. Denn wir wollen unbedingt vermeiden, ins Lager der Schwarzmalen versetzt zu werden. Die aussichtslos erscheinende Lage von 1980 war ein Wendepunkt. 2015, das Jahr von vier, in Tat und Wahrheit aber noch ganz viel mehr aussichtslos erscheinenden Situationen, könnte ebenfalls zum Wendepunkt werden. Nun massen wir uns nicht an, Empfehlungen geben zu können, und wollen deshalb nach getaner Analysearbeit Normativität möglichst vermeiden. Vielmehr möchten wir im folgenden darstellen, welches die Anzeichen dafür wären, dass da oder dort ein Turnaround bevorsteht.

Erste Anzeichen und mithin eine der Voraussetzungen, dass ein Plan B überhaupt entstehen kann, sind im vorherrschenden intellektuellen *mind-set* zu suchen, im Zeitgeist. Die Einsicht, dass «*es so nicht mehr weitergehen kann*», muss erst einmal reifen. Determinismus ist Gift für das Denken in Alternativen oder Varianten. So war die Vorstellung, dass westliche Werte und deren Fleischwerdung in Form von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sozusagen auf ewig allen anderen Werten und Gesellschaftsformen überlegen sein werden, deterministischer Natur. In dieser Vorstellung fusste die scheinbare Legitimation für militärische, polizeiliche, justizielle und fiskalische Interventionen aller Art und in aller Welt durch die USA und die selbstkonstituierte, postdemokratische (sic!) Gruppe der G7, zeitweilig G8 bis G20. Wir vermuten, dass die durch die Notenbanken gepflegte Tiefstzinspolitik und die masslosen Marktinterventionen ebenfalls deterministischen Ursprungs sind und so lange funktionieren, als eine Monopol-Weltwährung den durch Wettbewerb gegebenen Zufall unter dem Deckel hält. Die quasi-messianische Stellung von gegenwärtigen oder früheren Notenbank-Verantwortlichen wie Draghi oder Bernanke – vor 50 Jahren hätte man deren Namen kaum gekannt – weist auf ein solches deterministisches Setup hin.

Wir wagen zu prognostizieren, dass diese Art Zeitgeist an sein Ende gelangt. Dazu mag das im einen Fall (IS) offenkundige, im andern Fall (Tiefstzinsen) vielleicht etwas weniger gut sichtbare Ohnmachtsgefühl, dass «*es so nicht mehr weitergehen kann*», beitragen, aber auch und vielleicht noch belangericher, dass sich an der intellektuellen Front Stimmen mehren, denen der deterministische Zeitgeist zu öde geworden ist. In *bergsicht* Ausgabe Nr. 8 «Sinnstiftender Umbruch» wiesen wir auf solche Tendenzen hin. Aber ein neuer Zeitgeist braucht Zeit, um als Geist auch bis in die Kapillaren der praktischen Debatten zu finden.

Zweite Voraussetzung für das Entstehen eines Planes B ist die vorbehaltlos ungeschminkte, ungeschönte Analyse. Irgendwann muss, wie in der Geschichte von Hans Christian Andersen so trefflich erzählt, ein Kind aufstehen und sagen, dass der Kaiser nackt ist. 1980 in Teheran waren es die Fakten, die sprachen. 2015 ist es die Ausbreitung des IS, die die Ohnmacht nicht viel weniger brutal vor Augen führt. Im Bereich der Geldpolitik, der Migrationspolitik, der Gestaltung des Verhältnisses Schweiz-EU verhält es sich etwas komplizierter. Wir sehen unsere Aufgabe genau darin, über das reine Tagesgeschehen hinaus Analysematerial aufzubereiten und unseren Beitrag zur Lagebeurteilung zu liefern.

Die dritte Voraussetzung ist am anspruchsvollsten. Aus scheinbar aussichtslosen Lagen findet man nämlich nur mit Menschen, die radikal anders denken können, phantasiebegabt sind und dennoch befähigt, praktikable Wege aufzuzeigen. Seit wir uns intensiv mit den Möglichkeiten der neuen Technolo-

gien befassen und mit den Personen, die im Silicon Valley und anderswo daran sind, Prozesse von gesellschaftsrelevanter Bedeutung zu dekonstruieren und neu zusammenzusetzen, sind wir bedeutend optimistischer als früher. Es lohnt sich sehr, die reichlich vorhandene Literatur zum Thema (gezielt) zu studieren. Elon Musk, der Gründer und Miteigentümer von Tesla, dem ersten kommerziell produzierten Elektroauto, ist ein – vielleicht etwas schrulliger – Visionär und Idealist. Er will die Welt von Verbrennungsmotoren befreien. Peter Thiel, Gründer der Zahlplattform PayPal, ist ein libertärer Politiker. Larry Page von Google lässt mit der Umsetzung seines Ideenreichtums keinen Stein auf dem anderen. Nichts ist ihm tabu. Gewiss, auch all diese Leute werden nicht die Welt vor ihrem Untergang retten. Aber vielleicht doch ein wenig eher als jene, die mit ihrem Denken aus alten Schemen nicht auszubrechen in der Lage sind.

Voraussetzung vier sind Macher-Gestalten wie Deng Xiaoping, Ronald Reagan, Margaret Thatcher oder Michail Gorbatschow, die in der Lage sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die dann auch wissen, wie sie das Notwendige in die Praxis umsetzen können. Es gehört zur gegenwärtigen von *Ohnmacht, Handlungsunwillen und Aussichtslosigkeit* geprägten Zeit, dass die Qualität der globalen Führung über die letzten Jahre stetig abgenommen hat (man ist als Schweizer geneigt, die eigene Regierung in diese Qualifikation einzuschliessen). Das Führungsdefizit ist symptomatisch und seinerseits ein Anzeichen dafür, dass es «*so nicht mehr weitergehen kann*». Die Gefahr ist aber selbstverständlich nicht gering, dass da oder dort auch völlig falsche Macher an die Macht gelangen und Unheil stiften. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit eines Turnarounds ist deshalb auch Skepsis gegenüber allzu einfachen Rezepten angezeigt. Ein Plan B muss zehnmal robuster sein als der Plan A, dessen Implikationen man ja schon kennt. Die Eventualplanung setzt höchste Ansprüche an Intellekt und Integrität.

KAPITEL 7

Ideen

Es wäre unfair, eine *bergsicht* zur Notwendigkeit eines Turnarounds zu verfassen, ohne wenigstens punktuell in den gestreiften Themen die eine oder andere unkonventionelle Idee zu einem Ausweg beizusteuern. Beginnen wir mit einer Wiederholung von früher bereits Stipuliertem. Nach wie vor meinen wir, dass wir es weder in Europa noch anderswo mit einer echten Überschuldungskrise der betroffenen Staaten zu tun haben im Sinne einer wirklichen Insolvenz. Wenn man die vorhandenen Aktiva mit einbeziehen würde, wäre der Schuldenstand deutlich geringer, und wahrscheinlich würde manche Nettoverschuldung ins Gegenteil umschlagen. Sogar

im Fall Griechenland vermuten wir, dass an sich genügend Aktiva vorhanden wären, um die Schulden zu begleichen. So ist die Ägäis nicht völlig frei von Erdöl oder Erdgas. Es ist auch nicht so, dass es einem Staat verboten wäre, einzelne Teile seines Landes zu verkaufen. Griechische Inseln gäbe es zuhauf. Für uns ist es unbegreiflich, dass der zu Zeiten der Verschuldungskrise um Brasilien und Mexiko in den 1980er-Jahren selbstverständliche Debt-to-Equity-Swap keine Renaissance erlebt. Die auf Transfers spezialisierte Europäische Union wäre geradezu prädestiniert, ein entsprechendes Binnen-Insolvenzprozedere zu statuieren.

Zweite Idee: Die USA werden von ihrer «Weder-Fisch-noch-Vogel»-Doktrin zur Führung von internationalen Interventionen abkommen müssen. Wenn die Kraft innenpolitisch, möglicherweise auch materiell, nicht (mehr?) ausreicht, um sozusagen die ganze Welt gleichmässig zu beherrschen, dann drängt sich eine Beschränkung auf das Mögliche und Notwendige auf. Ian Bremmer, ein des unkonventionellen Denkens befähigter amerikanischer Politologe, hat mit seinem vor kurzem erschienenen Buch «Superpower – Three Choices for America's Role in the World» einen wesentlichen Diskussionsbeitrag in diese Richtung geleistet. Mit der möglichen Selbstbeschränkung einhergehen müsste ein Bündnissystem, das diesen Namen verdient und nicht lediglich das Ausführen von Befehlen regelt. Unsererseits denken wir an die Neuauflage einer Art «Monroe-Doktrin», welche die Bedingungen für Interventionen eindeutig definiert und damit auch klar zum Ausdruck bringt, welche Teile der Welt bis zu welchem Grade künftig ihre Auseinandersetzungen unter sich selber regeln müssen. Gerade der europäische Kontinent braucht eine solche Klärung, um die Aussenbeziehungen im Süden und im Osten in Ordnung bringen zu können.

Die dritte Idee betrifft die leidige Migrationsfrage, in der, wie gesagt, keine besten und zweitbesten, sondern nur zweit- oder drittschlechteste Lösungen denkbar sind. Ausgehend von der wohl unstrittigen Sichtweise, dass Europa eine Zuwanderung von Millionen Wanderungswilliger über die nächsten Jahre nicht tolerieren kann, meinen wir, dass das Eingangstor Mittelmeer kurzfristig so verschlossen werden muss, dass keine Menschen mehr im Wasser umkommen. Es dürfen schlicht keine Boote mehr aus dem Maghreb starten. Die libysche Küste muss besetzt und kontrolliert werden. Es handelt sich um einen Fall der Aussenverteidigung. Die Triage von echten Flüchtlingen, welche die Aufnahme in Europa verdienen, muss vor Ort sichergestellt werden. Gleichzeitig muss ein kraftvoller Anfang für ein Langfristprogramm gesetzt werden, der aus dem Mittelmeer als Grenzregion ein *mare nostrum* mit hohen Wachstumsraten und stark zunehmender Prosperität werden lässt.

Viertens und letztens denken wir, dass die Schweiz ihre bilateralen Verträge mit der EU nur ret-

ten kann, wenn sie eventualiter bereit ist, auch ohne diese mit der EU auf dem europäischen Kontinent zusammenzuleben. Die Auffanglinie aller Verhandlungen, ob über die Zuwanderung oder über die Regelung der institutionellen Frage, muss der mögliche, aber nicht erwünschte Verzicht auf die 1999 und 2004 geschlossenen Abkommen sein. Dieser Eventualverzicht muss innenpolitisch einwandfrei abgestützt sein – bis hin zu jedem KMU, das sich auf dieses unwahrscheinliche, aber eben nicht unmögliche Szenario vorbereiten muss. Nur so erreicht unser Land ein einigermaßen symmetrisches Verhandlungsverhältnis mit der EU. Darüber hinaus sollte die Schweiz aber Phantasie walten lassen, was die Zuwanderungskontrolle betrifft. Die nicht EU-kompatible und politökonomisch fragwürdige Kontingentslösung müsste und könnte, eine etwas grosszügige Auslegung des Verfassungstexts vorausgesetzt, durch einen Preismechanismus ersetzt werden. Dies schlägt zum Beispiel der ideenreiche Volkswirtschaftler Reiner Eichenberger in der jüngsten Ausgabe des «Schweizer Monat» vor. Es ist zu vermuten, dass die neue englische Regierung unter Premierminister Cameron in die ähnliche Richtung marschiert und die Möglichkeiten bei der Zulassung und Honorierung für Leistungen der Sozialversicherungen und in andern mit der Niederlassung verbundenen Bereichen des Wohlfahrtsstaates bis ins letzte ausreizen wird (muss). Die weitestgehende Parallelisierung der Beziehungen Berns mit London könnte den Ausweg aus der verfahrenen Situation bedeuten. Anzumerken wäre höchstens noch, dass ein solcher Plan B nur Chancen auf Realisation hätte, wenn er von einer Schweizer Regierung mit echter bürgerlicher Mehrheit getragen würde.

Ein Schuft, wer an dieser Stelle nun Oberflächlichkeit und Unausgegorenheit vorwerfen würde! Wir wollen auf Normativität verzichten, sagten wir zu Beginn dieser *bergsicht*, und bleiben auch dabei. Keine der skizzierten Ideen ist direkt umsetzbar. Gleichwohl meinen wir, dass gerade in dieser von angeblicher Alternativlosigkeit, von Unwillen und Unfähigkeit zu lateralem Denken, von letztlich ermüdendem und ermattendem Konventionalismus geprägten Zeit der Ausruf von Albert Einstein von neuem höchste Bedeutung erlangt: «Imagination is more important than knowledge. For knowledge is limited, whereas imagination embraces the entire world stimulating progress, giving birth to evolution» (Cosmic Religion and Other Opinions and Aphorisms, 1931).

KH, 8. Juni 2015

—
M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

—
Abonnieren: www.bergsicht.ch